

Mindestlohn umstritten Unternehmer sind sich einig: „Aufstehen muss sich lohnen, aber . . .“ / Unterschiede in Branchen beachten

In der Bundesregierung ist ein heftiger Streit um Mindestlöhne entbrannt. Was sagen die Unternehmer in der Region dazu. MAZ wollte es wissen.

Von Franziska Mohr

KÖNIGS WUSTERHAUSEN „Der gesamte Lohnaufbau müsste verändert werden. Die Relationen zwischen Brutto und Netto hauen einfach nicht hin“, stellt der Kablower Tischlermeister Martin Meinert fest. „Meinen Leuten zahle ich seit 15 Jahren den gleichen Lohn, weil ich höhere Preise am Markt nicht durchsetzen kann, ohne die eigene Pleite zu riskieren“, sagt er. Der Stundenlohn liege dabei selbstverständlich über 8,50 Euro. Dabei dürfe man allerdings nicht vergessen, dass es sich hier um top ausgebildete Facharbeiter handle, „Den jetzt diskutierten Mindestlohn von 8,50 Euro für meist ungelernte Tätigkeiten halte ich für zu hoch. Dann stimmt der Abstand zum Facharbeiterlohn überhaupt nicht mehr“, sagt der Tischlermeister.

„Ich zahle schon über Tarif“, betont Elke Nossack, Inhaberin des Hotel „Brandenburg“ in Königs Wusterhausen, und dennoch gestalte sich die Situation in der Branche schwierig. Das Hauptproblem sei, dass wieder ein Anreiz zur Arbeit geschaffen werden müsse. Es könne nicht sein, dass jemand jahrelang faul auf der Haut liege, aber letztlich einschließlich Miete vom Amt genauso viel Geld bekomme, wie derjenige, der täglich fleißig arbeitet. Hier müsse die Politik etwas ändern.

Martin Holzbauer, Inhaber der Gaststätte „Zum Bayern“ in Zernsdorf, befürwortet einen Mindestlohn zumindest in seiner Branche. Schließlich habe er schon gehört, dass hier Leute teilweise für 3,50 Euro bis vier Euro schufteten. Dies führe zu unerträglichen Verzerrungen im Wettbewerb. „Für den harten Job in der Gastronomie sollte auch ein anständiger Lohn drin sein“, betont er. Das Aufstehen müsse sich lohnen, daher halte er auch einen Lohn von acht Euro für einen guten Mann an der Spüle für angemessen. Ein Kellner bekomme natürlich mehr. Von starren Vorgaben durch die Politik hält Holzbauer allerdings wenig, weil die Situation von Branche zu Branche unterschiedlich sei.

Andreas Marx vom gleichnamigen Containerdienst in Zeuthen betont, dass seine Mitarbeiter meist schon 16 oder 17 Jahre bei ihm beschäftigt sind. Das zeige doch, dass er immer die Auffassung vertreten habe, dass seine Leute so gut verdienen müssen, dass sie davon anständig leben können. Das Problem sei aber die schwankende Auftragslage. Schließlich könne nur das ausgezahlt werden, was man auch verdiene. Letztlich seien da 8,50 Euro sogar schon zu wenig.

Raimund Tomczak vom Entsorgungs- und Fuhrbetrieb Zernsdorf lehnt eine staatliche Reglementierung von Lohnuntergrenzen strikt ab. Er verweist darauf, dass in Brandenburg nach dem Vergabegesetz für öffentliche Aufträge bereits ein Mindestlohn von acht Euro festgesetzt wurde. „In der Realität ist dies aber ein Papiertiger. Der Staat verfügt nicht über die Instrumente, um die Einhaltung dieses Gesetzes zu kontrollieren“, betont der Unternehmer und FDP-Landtagsabgeordnete. So hätten Firmen plötzlich nur noch Sechs-Stunden-Kräfte beschäftigt. Außerdem sei das Thema Mindestlohn „emotional überladen“. Tomczak plädiert dafür, dass die Tarifpartner gemäß der wirtschaftlichen Lage in den jeweiligen Branchen eine Lohnuntergrenze festlegen. Der Bestatter Werner Zak sagt, dass er prinzipiell Mindestlöhne begrüßt. Allerdings könne er auch in seinem Unternehmen nur das weitergeben, was er am Markt erwirtschaftet hat. Zak verurteilt ein Vorgehen, wonach der Chef einen Ferrari fährt, aber nicht einmal Mindestlöhne zahlt.

In einer Bäckerei-Kette, die öffentlich aber nicht genannt werden will, hieß es gestern, dass man von Mindestlöhnen von acht Euro weit entfernt sei. Im Verkauf zahle man unter sechs Euro. Mehr sei nicht drin. Die Kunden würden höhere Preise überhaupt nicht mittragen angesichts der Konkurrenz der vielen Supermärkte in der Region.

Quelle: MAZ Dahme-Kurier 08.11.2011